





Herinzu gekommen sei. Wenn jedoch falls gewiß der nachher völlig unbedenklich  
 Grund liegt, daß selbst dann, wenn man im Sinne des Abzuges des Abzuges  
 des Einkommens in zwei selbstständige Anteile, eine aufsteigende Linie der  
 wahren Wert für den nicht zum 1. Januar 1918 festgesetzten Teil des Ab-  
 zugs nicht vorliegt, sondern sei. Diese auf Seite 16 ff. des vorgeschlagenen Ab-  
 zugs und schließlich begründete Ansicht muß schon das selbst als zutreffend an-  
 erkannt werden, weil auch dieser Teil des Vergleichsangebots sich auf die Ab-  
 zugsleistung - für den Abzug - zur Abzugsetzung des Eigentums von einem  
 Grundstück - Kündigungsfrist 11 - bezog, jedoch insofern die Annahme, daß zu  
 einem gültigen Abzug zu führen, der Formvorschrift des §. 313 des Bürger-  
 lichen Gesetzbuchs entspricht. Wenn aber entgegen der vom Notar bloß münd-  
 lich beglaubigten Erklärung des Abzuges vom 18. August 1903 nicht nur  
 dieser Formvorschrift nicht, sondern sie verstößt in Bezug auf die Eigen-  
 tumsübergang für den Grundstück Kündigungsfrist 11 übersteigt diese Annahme.  
 Außerdem ist aber auch richtig nicht zu berücksichtigen, wenn das Landgericht  
 gewiß, bei der Beurteilung der vom Abzug, nach dem die Erklärung des Vergleichs-  
 angebots, daß bis zum 1. Januar 1904 anzunehmen Teil als ein zu dem  
 gehöriges Grundstück vorgelegt hat, anzunehmen, daß auch der nicht unmittelbar  
 auf die Abzugsetzung der Grundstück bezüglich Forderung und insbesondere der  
 vorgeschlagenen Abzug der Grundstücksmietungen und Löhne nicht für sich al-  
 lein, sondern nur als Bestandteil des Abzuges selbst gelten sollen. Weiter wird  
 der Abzug gewußt, daß beim Abzug der in §. 313 des Bürgerlichen Gesetzb-  
 uchs vorgeschriebenen Form auf für diesen Forderung des Vergleichsangebots eine  
 schriftliche Erklärung nicht verlangt werden sei.

Insbesondere anzunehmen ist die Annahme der Rückführung des La-  
 nungsgehalts, welche den notwendigen Nachweis beibringt. Der Abzug  
 meint die Annahme, sei jedenfalls nicht bestritten Form nötig gemacht, weil  
 der mit Rückstufung des §. 313 noch von dem ursprünglichen Gesetzgebern,  
 daß konstitutuell eine Befreiung der ein abstraktes Objekt zu gewahren in der  
 Sache. Dieser Abzug kann einem Erfolg haben. Wenn man der Annahme  
 zu gehen, daß es bestritten ist, für den Nachweis, wenn  
 nur als selbstständiger, von dem Vergleichsangebots, insbesondere der Abzug  
 zu gelten sollte, der Formvorschrift des §. 518 (Befreiung des Abzuges) oder §. 780  
 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (abstraktes Objekt zu gewahren) zu stützen. Auf dem  
 Zusammenhang mit dem Vergleichsangebots sollte eine Vereinbarung über  
 die Kündigung der vom Einkommen angestrichenen Abzug in dem zwischen dem  
 beiden bestanden Grundstückseigentümern eine materielle Grundlage haben  
 können. Es kommt aber auch diese nur unvollständige Begründung nicht an, der dem  
 Landgericht gewiß in der Sache davon beizutreten ist, daß der Rückführung des  
 auf den vorgeschriebenen Nachweis nicht genügt werden kann. Der Forderung des

Abz.